

21.11 Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Stand: 1.8.2016

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie wurde 1991 gegründet mit dem Ziel, eine gemeinsame Identität innerhalb der Ostseeregion durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten zu fördern. Als parlamentarisches Gegenstück begleitet sie die Arbeit des Ostseerates, in dem die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten vertreten sind. Die BSPC initiiert politische Aktivitäten und unterstützt die demokratischen Institutionen in der Region. Sie setzt sich für eine Verbesserung des Dialoges zwischen den Parlamenten, Regierungen und Zivilgesellschaften in der Ostseeregion ein.

Der Deutsche Bundestag ist seit dem Jahre 2000 in der Ostseeparlamentarierkonferenz vertreten. Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht aus fünf ordentlichen und fünf stellvertretenden Mitgliedern (18. Wahlperiode). Neben dem Deutschen Bundestag entsenden auch die Länderparlamente von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen Delegationen zur BSPC.

Ein wichtiges Gremium der Ostseeparlamentarierkonferenz ist der Ständige Ausschuss, der eine effektive Arbeitsweise zwischen den Jahreskonferenzen sichert. Darüber hinaus gibt es bis zu zwei Arbeitsgruppen, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen, sich mit wechselnden aktuellen Themen befassen und in der Regel ihr Mandat für die Dauer von zwei Jahren ausüben. Bei den einmal im Jahr stattfindenden Jahrestagungen verabschiedet die Konferenz eine Resolution, die sich an die Regierungen und Parlamente auf nationaler und regionaler Ebene, den Ostseerat sowie an supranationale Gremien und internationale Organisationen wendet.

Standen zu Beginn umweltpolitische Themen und Fragen der maritimen Sicherheit im Vordergrund, so werden heute auch wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ebenso wie Fragen zum Klimawandel und der Energiepolitik von den Delegierten diskutiert.

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages hatten seit 2000 in der Ostseeparlamentarierkonferenz Ämter inne:

Ämter	Deutsche Amtsinhaber
Vorsitzender des Ständigen Ausschusses	<i>Franz Thönnnes</i> (August 2006 bis August 2007)
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt	<i>Franz Thönnnes</i> (August 2007 bis September 2009)
Berichterstatter für Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt	<i>Franz Thönnnes</i> (seit 2009)
Berichterstatter für Menschenhandel	<i>Thomas Stritzl</i> (seit 2015)

Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Interparlamentarische Angelegenheiten sowie Unterlagen der Ostseeparlamentarierkonferenz